

Pressemitteilung: Faeser will Überraschungsabschiebungen zur Norm machen!

„In dem Diskussionsentwurf des Bundesinnenministeriums zu verschärften Abschiebungen findet sich eine Gesetzesänderung, die bislang öffentlich noch nicht diskutiert wurde. Dabei wäre sie für viele geduldete Menschen eine Katastrophe: Sie müssten künftig, auch wenn sie schon länger in Deutschland leben, jederzeit mit einer Überraschungsabschiebung ohne jede Vorankündigung rechnen“, erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.

Bünger weiter: „Bislang müssen Abschiebungen noch einmal angekündigt werden, wenn eine Duldung länger als ein Jahr erteilt wurde und diese wegen einer bevorstehenden Abschiebung widerrufen werden soll. Ein solches Vorgehen folgt meines Erachtens zwingend aus dem Rechtsstaatsprinzip und dem Grundsatz der Menschenwürde, denn die Betroffenen leben meist seit Jahren in Deutschland, sie gehen womöglich einer Arbeit nach und haben eine Wohnung angemietet, es bestehen Freundschaften und Beziehungen, Kinder gehen zu Schule und sind längst angekommen. Solche Menschen ohne Vorankündigung aus ihrem Leben herauszureißen und abzuschieben, ist unmenschlich und unverantwortlich. Für Kinder bedeuten Abschiebungen ein traumatisches Erlebnis, darüber hinaus stellt die geplante Änderung auch einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention dar.“

Die formelle Begründung, dass den Betroffenen vor Jahren eine Abschiebung angedroht wurde, falls sie nicht ausreisen, trägt nicht: Häufig werden die Menschen trotzdem über Jahre hinweg geduldet, zumeist, weil sie aufgrund der Lage in ihrem Herkunftsland einfach nicht abgeschoben werden können, etwa nach Afghanistan. Geradezu empörend ist die Begründung der Neuregelung: Abschiebungsankündigungen seien eine zusätzliche ‚Belastung der Ausländerbehörden‘ - von der enormen Belastung einer überfallsartigen Abschiebung für die Betroffenen ist hingegen keine Rede.

Die Sozialdemokratin Nancy Faeser setzt offenbar alles daran, ihren Hardliner-Vorgänger Horst Seehofer in der Debatte um immer weitere Abschiebungsverschärfungen noch zu übertreffen. Dabei können Abschiebungen kein Bestandteil einer humanen Asylpolitik sein und mit der geplanten Neuregelung würde die Bundesregierung die Grundprinzipien unseres Rechtsstaats grundsätzlich verlassen.“